BRD- ist für Rechtsunkundige gefährlich

02.05.12 drleimberg@aol.com

Für jeden Rechtsunkundigen. Das was im Anhang sehr sehr einfach über unsere BRD und die wirkliche Rechtslage steht, das reicht aus damit Ihr alle Richter, Staatsanwälte, Anwälte, Juristen, Jurastudenten, Finanzbehörden, Gerichtsvollzieher und sonstige angeblichen Behörden eine Lehrstunde (10min. reichen) geben könnt. Und damit seid Ihr im RECHT.

Vorab: Es beschreibt den Geltungsbereich eines Gesetzes. Ein Gesetz muss einem Bereich zugeordnet werden, also in dem Fall gelten alle unsere Gesetze für den räumlichen Geltungsbereich der BRD, nicht aber für z. B. Frankreich. Also eindeutige Zuordnung BRD. So, nun haben die Alliierten unter anderem den §1 des Grundgesetzes aufgehoben. Ein Gesetz ohne Geltungsbereich kann nirgendwo gelten….aber lest selbst zuerst den Anhang.

.....

Also zuerst den Anhang lesen und dann hier den Rest der Katastrophe die da auf uns zukommt.

Quelle: Siehe Ende des Textes

Fazit: Da die USA seid dem 5.Febr.2012 das Kriegsrecht ausgerufen haben, wegen der IRAN Krise und wir immer noch zum besetzten Gebiet der USA gehören, gilt hier das gleiche. Mit dem Unterschied das Deutsche keinen Schutz im Kriegsfall zugestanden wird. Das gibt es in keinem anderen Land das die aktuellen Gesetze der Haager Landkriegsordnung einem Volk keinen Schutz bieten...

Das betrifft auch Sie, ob Sie das wollen oder nicht.

Denken Sie einfach an Art. 25 Grundgesetz: Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehen allen Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten für jeden Bewohner der BRD.

Und Sie haben die Wahl!
Die Prozesse finden statt, damit Sie die Wahlmöglichkeit nicht nutzen.

Worum geht es eigentlich?

Sehen Sie sich das Gesetz zu den Genfer Zusatzprotokollen I und II an.

Die Bundesrepublik hat die Zusatzprotokolle I und II (= Schutz der Zivilbevölkerung) ratifiziert.

Jetzt gibt es dazu aber ein Gesetz und da steht unter Art. 3, dieses Gesetz gilt vorbehaltlich der drei westlichen Besatzungsmächte. Stand 05.12.2008
Das heißt konkret, die Bundesrepublik gewährt anderen Staatsbürgern den Schutz nach den Zusatzprotokollen.
Dieser Schutz für die deutsche Bevölkerung wird aber nur gewährt, wenn Amerika, Frankreich und England zustimmen.
Sie als Bundesbürger genießen also keinen Schutz bei bewaffneten Konflikten. Überlegen Sie was das bedeutet.
Kein bewaffneter Konflikt?

Warum dann der alliierte Vorbehalt? 60 Jahre nach dem Krieg? Und wenn denn nun ein bewaffneter Konflikt ausbricht, warum wird dann der deutschen Zivilbevölkerung keine Rechte gewährt? Von unseren „Verbündeten“? Warum wollen Euch Deutschen „Eure“ Verbündeten keine Rechte nach den Genfer

Zusatzprotokollen gewähren?
Welchen Vorteil könnten denn die drei alliierten Westmächte daran haben, diesen Schutz zu verweigern? Wie könnte denn das gewalttätige Szenario aussehen, bei dem es von Vorteil ist, wenn die drei westlichen Besatzungsbehörden keinen Schutz für die Zivilbevölkerung der BRD zulassen? Woher nehmen die drei westlichen Besatzungskräfte eigentlich das Recht, den Schutz der Zivilbevölkerung nach den Genfer Zusatzprotokollen zu verweigern?

Und wenn Die bei bewaffneten Konflikten das Recht haben, den Schutz der Zivilbevölkerung zu verweigern, welche Rechte haben die dann, wenn kein bewaffneter Konflikt besteht?

Jetzt war dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ Ausgabe Nr. 11/12 S. 15 zu entnehmen: Im Kriegsfalle fliegen die „Tornado“ Kampfflugzeuge der Bundeswehr die Atomraketen der Amerikaner, Holländer, Franzosen usw.
Im Nachrichtenmagazin davor, Nr. 10/12 war zu lesen, dass die Amerikaner 5000 Atombomben in der Bundesrepublik gelagert haben, ohne die BRD zu informieren.

Der Kriegsfall steht an.
Der israelische Präsident Netanjahu hat im März erklärt: „Wir werden die iranischen Atomanlagen zerstören. Nicht in Tagen oder Wochen, aber es dauert auch kein Jahr.
Zuvor hat sich Herr Netanjahu die Unterstützung der Amerikaner zusichern lassen.
Es sind bereits ein amerikanischer Flugzeugträger und französische und britische Fregatten und Unterseeboote im Golf von Hormus.

Am 17.04.2012 hat der iranische Präsident davor gewarnt, sein Land anzugreifen.
Der israelische Verteidigungsminister Barak antwortete darauf, dass Israel sich auch durch Verhandlungen nicht von einem Angriff abhalten lässt.
Die europäische Union beschließt gegen Iran ein Embargo ab Juli. Iran kündigt für diesen Fall die Sperrung der Straße von Hormus an.
Die Sperrung der Straße von Hormus betrachten die Amerikaner nach der Carter Doktrin als Kriegsgrund, etc., etc,..
Syrien und die ganze Region wird mit einbezogen werden. In Syrien befindet sich ein russischer Militärstützpunkt. Russland hat auch bereits erklärt, dass es einem Krieg an seiner Grenze nicht tatenlos zusieht.
Iran baut eine Gaspipeline nach Pakistan und zapft dabei ein Gasfeld an, von dem auch Katar lebt. In Katar ist eine große amerikanische Militärpräsenz, etc..

Der Krieg der hier entbrennt ist nur atomar zu gewinnen. Wer den Atombombenabwurf der Amerikaner, Franzosen und Engländer stoppen will, muss die BRD bombardieren.
Und dann ist da noch das 1. und 2. Bundesbereinigungsgesetz.
1.Bundesbereinigungsgesetz – Aufhebung des Inkrafttretens der Gerichtsverfassung, der Zivilprozessordnung und der Strafprozessordnung, jeweils durch Aufhebung des § 1 des Einführungsgesetzes am 19.04.2006

2. Bundesbereinigungsgesetz – Art. 4 Geltung des bereinigten Besatzungsrechts am 23.11.2007
Lassen Sie sich mal einen Grundbuchauszug kommen.
Früher wurde der von 2 Rechtspflegern unterschrieben. Jetzt erhalten Sie ein Schriftstück ohne jegliche Unterschrift. Das können Sie einscannen und dann ganz einfach bearbeiten wie Sie wollen. Welche Rechtskraft hat so ein Papier? KEINES, weil uns ja nichts gehört. Beschlagnahmt! Im Fahrzeugschein, also dem Zulassungspapier, steht das der Besitzer der Zulassungspapiere nicht der Eigentümer des KFZ ist! Hallo, wer ist dann der Eigentümer? Richtig, Beschlagnahmt. Im Sommer kommt diese Beschlagnahmung auf alle und alles zu, auch Konten, Lebensversicherungen etc.

Und jetzt denken Sie mal an Kunduz. Auf den Tag genau 70 Jahre nachdem der 2. Weltkrieg erklärt wurde, massakriert die Bundeswehr über 100 Zivilisten, ohne jeglichen Sinn und Zweck.
Der Bomberpilot verweigert 5 Mal den Befehl zum Beschuss. Der Befehl wird sechsmal wiederholt. Dabei verstößt die Bundeswehr nicht nur gegen die Rules of Engagement, was schon ein

Kriegsgerichtsverfahren nach sich ziehen müsste, sondern auch gegen die Haager Landkriegsordnung und arbeitet dies nicht gerichtlich auf. Damit entsteht völkerrechtlich eine Gesamthaftung, sowohl strafrechtlich als auch privatrechtlich.

Das muss jeder Bewohner der BRD wissen. Der Fall Kunduz wurde sowohl in der „Bild“ Zeitung veröffentlicht, wie auch im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ und gilt damit als allgemein bekannt.
Es kann doch nicht allen Ernstes irgendjemand in der BRD behaupten, er müsste nicht wissen (im strafrechtlichen Sinne, d. h. es besteht kein Irrtum über die gesetzlichen Strafbestimmungen) das die BRD Krieg führt und als oberste Rechtsnorm die Haager Landkriegsordnung gilt.
Es kann doch niemand in der BRD behaupten, er müsste nicht wissen, welche Folgen der Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung und deren Bestrafung nach den Internationalen Militärstatuten und Kontrollratsgesetz Nr. 10 mit sich bringt.

In welchem anderen Land ist als oberste Bürgerpflicht die Beachtung der Haager Landkriegsordnung in die Verfassung gemeißelt, in der jeder Bewohner über dem Gesetzgeber steht, falls es sich um die Einhaltung der Haager Landkriegsordnung handelt? Und warum ist das ausgerechnet in Art. 25 GG festgelegt? Weil Art. 25 HLKO den Schutz der unbefestigten Städte regelt. Und die Nazis haben Städte wie Königsberg oder Breslau zu Festungen erklärt und um Berlin den Häuserkampf geführt. Und was für die Hauptstadt gilt, gilt für das ganze Land.

Also kein Schutz der Zivilbevölkerung! Weiter erinnert Art. 25 GG in Anspielung an Art. 25 HLKO daran, dass nach wie vor Abschnitt zwei der HLKO gilt und damit sind Kriegslisten erlaubt. So zu tun, als wären die Kämpfe abgeschlossen und es gelte Abschnitt drei der HLKO (Besatzung nach Abschluss der Kampfhandlungen) ist natürlich ein Vorteil für den Kriegsgegner, wenn die praktisch Besiegten nicht merken, dass der Sieger sich nicht an die HLKO hält, weil der Besiegte glaubt, er wäre Bündnispartner einer strategischen Gemeinschaft.
So steht überall geschrieben: Die Wehrmacht hat am 23.05.1945 zu Lande, zu Wasser und zur Luft kapituliert, womit Abschnitt drei der HLKO in Kraft tritt. Aber z. B. haben die USA erst 1951 (Grundgesetz ist in Kraft getreten am 23.05.1949) einseitig ein Ende der Kampfhandlungen erklärt.
Gegen wen hat man denn noch gekämpft? Und wer einseitig die Kampfhandlungen einstellt, kann auch einseitig die Kampfhandlungen aufnehmen (2. BMJBBG v. 23.11.2007 Art. 4 Bereinigtes Besatzungsrecht – es gilt der militärische Oberbefehl).

Auch nach Abschnitt zwei der HLKO sind unfaire Gerichtsverfahren verboten. Aber wer im Kriege dem Gegner kein faires Gerichtsverfahren (Kunduz) gewährt, hat selbst natürlich auch kein Anrecht darauf (HLKO Art. 50).

Sie haben aber die Möglichkeit sich einer neutralen Nation anzuschließen. Sie haben also eine Wahl und können Ihre persönliche Entscheidung treffen.

Diese Gerichtsverhandlungen in Coburg sollen verhindern, dass Sie Ihre Wahlmöglichkeiten nutzen.

Muss hier noch weiter ausgeholt werden?

Informationen finden Sie auch unter www.bund-fuer-das-recht.de und www.freistaat-danzig.com.

Wir scheuen seit 6 Jahren keinerlei persönlichen und finanziellen Aufwand diese Informationen unter die Bevölkerung zu bringen.
Zensur und Diffamierung findet statt, deshalb müssen wir diesen Weg der Ansprache wählen.

Wir hoffen auch in Ihrem Interesse auf Ihre Unterstützung und Verbreitung dieser Information.

Mit freundlichen Grüßen
(text) Max Mustermann

Anlage 1 Schreiben an Herrn Amtsgerichtsdirektor Pfingstl

(nachzulesen unter www.freistaat-danzig.com)

1 Infoblatt zu den Genfer Zusatzprotokollen (Infoblatt zum Gesetz zum Deutschen Roten

Kreuz) (nachzulesen unter www.freistaat-danzig.com)

1 Infoblatt zu Kunduz

(nachzulesen unter www.freistaat-danzig.com)

1 Veröffentlichung des Vorstandes der Polizeigewerkschaft Sachsens zu der Aufhebung

von Zivilprozessordnung, Strafprozessordnung, Gerichtsverfassungsgesetz,

Ordnungswidrigkeitengesetz mit dem zweimaligen Ausspruch: „Ich habe Angst“

(nachzulesen unter www.freistaat-danzig.com)

Gerd Mustermann In dem Verrat 7 0000 Endzeit

An die „Gerichtskasse“
An die GEZ
An das Finanzamt
An das Amtsgericht
An das Landgericht
An die Generalstaatsanwaldschaft
An die Richter
An die Juristen und sonstige Betrüger

FAX: 6 Seiten

Betr.: Ungültige Dokumente, ungültige Rechnungen Sonntag, 29. April 2012

Sehr geehrte Gerichtskasse (oder wenn darf ich nennen)

Leider muss ich annehmen das Sie wissentlich Ihr Dokument nicht Unterschrieben haben. Demzufolge könnten Sie betrügerische Absichten verfolgen.

Sachstand:
Zur Lage in Deutschland / Deutsches Reich – Wer es immer noch nicht wahr haben will bzw. noch nicht wusste: Wir sind immer noch von den USA besetzt. Es wird aber BRD-Bundesrecht (OWiG, ZPO, StPO, GVG, AO) immer noch angewendet, obwohl diese Gesetze durch die Bundesbereinigungsgesetze der Alliierten 2007 aufgehoben wurden, nicht mehr existent sind

(nachzulesen im Bundesgesetzblatt und im Bundesanzeiger). Auch haben wir für diese Gesetze keinen Geltungsbereich (GG Art 23 a.F. wurde aufgehoben) mehr.

Diese Gesetzesänderungen wurden quasi vom Europ. Gerichtshof fü r Menschenrechte erzwungen. Dieser internationale Gerichtshof hat festgestellt, dass die BRD kein effektiver Rechtstaat mehr ist (Az.: EGMR 75529/01 v. 08.06.2006). Dafür sind die Besatzungsmächte zumindest mitverantwortlich. Um sich dieser Verantwortung fü r den Unrechtstaat zu entziehen, wurde die Verwaltungsbefugnis der BRD mittels 1. und 2. Bundesbereinigungsgesetz als gesetzliche Aufgabe der BRD entzogen. So wurde mit dem 1. Bundesbereinigungsgesetz v. 19.04.2006 die Gerichtsverfassung, die Zivilprozessordnung und die Strafprozessordnung aufgehoben.

1. Die BRD-GmbH mit ihren Behörden ist bis heute eine reine Besatzungs-Verwaltungen die nicht den Staat Deutschland repräsentiert sondern Aufgaben im Auftrag der Alliierten ausführt.

Ihre Rechnung ist demzufolge die einer GmbH. Gesetzliche Befugnisse haben Sie nicht.
Ich bitte von weiteren Schreiben Ihrerseits abzusehen.

Hochachtungsvoll
Winterthur
Beglaubigt: Weihnachtsmann

Dieser Bescheid ist maschinell erstellt und ohne Unterschrift gültig.
Anlage

Juristische Offenkundigkeiten nach § 291 ZPO im Jahr 2011

Quelle: http://totoweise.wordpress.com/2011/10/28/rechtslage-brd-finanzagentur-gmbh/
http://www.politaia.org/thema/politik/deutschland/
Die BRD-GmbH ist nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Die UNO erkennt das Deutsche Reich als voll existent an! Damit auch deren Rechtssprechung.

http://terragermania.wordpress.com/2012/03/23/bundesjustizministerium-gibt-zu/#more-8724
Das Justizministerium gibt zu das die Bereinigungsgesetze volle Anwendung finden…

http://www.infokriegernews.de/wordpress/2011/11/19/trailer-schauble-unzensiert/
Schäuble Zitat…Wir sind seid dem 2 Weltkrieg zu keiner Zeit mehr souverän gewesen….
http://www.politaia.org/2012/was-wissen-die-machthaber-die-anzeichen-fur-katastrophen-mehren-sich-politaia/ Der Rest der Apokalypse

2. Der Personalausweis der „Bundesrepublik in Deutschland“ ist kein Nachweis für die deutsche Staatsbürgerschaft.

3. Dienstausweise des BRD-Verwaltungspersonals sind keine Beamtenausweise. Demzufolge dürfen Sie sich nicht als uns Vorgesetzte Staatsdiener bezeichnen. Das gilt für alle ehemaligen Staatsdiener, welche nach heutigem Stand lediglich Privatpersonen sind

4. Die BRD hat kein eigenes Staatsgebiet (vgl. § 185 BBG). Bundesbeamtengesetz (BBG) § 185: „Als Reichsgebiet im Sinne dieses Gesetzes gilt das Gebiet des Deutschen Reiches bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937“. Stand: 09.09.2009

5. Die BRD-GmbH mit ihren Behörden ist bis heute eine reine Besatzungs-Verwaltungen die nicht den Staat Deutschland repräsentiert sondern Aufgaben im Auftrag der Alliierten ausführt.

6. Der Staat "Deutsches Reich" besteht fort (vgl. 2 BvF 1/73) (Bundesverfassungsgerichtsurteil aus 1973) und zwar bis heute.

7. Der Staat "Deutsches Reich" hat bis heute ein Staatsgebiet (vgl. § 185 BBG) (BBG = Bundesbeamtengesetz)

8. Der Staat "Deutsches Reich" hat bis heute ein Staatsvolk (vgl. RuStAG 1913) (Staatsangehörigkeitsgesetz) De Facto ist jeder BRD´ler ein Staatsangehöriger des Deutschen Reiches, ob er will oder nicht.

9. Der Staat "Deutsches Reich" hat bis heute eine Staatsangehörigkeit (vgl. RuStAG 1913)

10. Der Staat "Deutsches Reich" hat bis heute eine Verfassung (Reichsverfassung von 1871; Änderungsstand: 28.10.1918) Die BRD-GmbH kann keine Verfassung haben.

Die UNO hält bis heute an der Feindstaatenklausel (Charta Art. 53 und Art 107) fest. Feindstaat der UNO ist Deutschland. Die BRD ist Mitglied der UNO. Die BRD wird von dem Zentralrat der Zionisten beherrscht. Diesen gehört auch die BRD-GmbH in welches wir unsere Finanzen (Rente, Steuern, Versicherungen, Finanzamt etc.) eingezahlt haben. Dieses Geld gehört aber nicht dem Deutschen Staatsvolk.

11. Landesbeamtengesetz (LBG) § 226 / Reichsgebiet: „Als Reichsgebiet im Sinne dieses Gesetzes gilt das Gebiet des „Deutschen Reiches" bis zum 31. Dezember 1937 in seinen jeweiligen Grenzen, nach diesem Zeitpunkt in den Grenzen vom 31. Dezember 1937". Stand: 09.09.2009

12. Die BRD hat kein eigenes Staatsvolk (vgl. BRD-StAG)

13. Die BRD ist kein Staat (vgl. 2 BvF 1/73) (vgl. Rede von Carlo Schmid (SPD) 1948)

14. Die BRD hat keine Verfassung (vgl. Art. 146 GG): „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

15. Gesetze ohne Verfassung sind nichtig

16. Die BRD-Staatsanwaltschaften haben mit Streichung des § 1 EG, ZPO, StPO,OWiG, GVG durch das 1. Bundesbereinigungsgesetz zum April 2006 & das 2. Bundesbereinigungsgesetz im November 2007 sowie mit Streichung des § 1 EG, FGG zum 1.9.2009 ein tief greifendes Legitimationsproblem.

17. BRD-Gerichte verfügen nicht über gesetzlich geregelte Geschäftsverteilungspläne (§ 21 e Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)).

18. BRD-Gerichte können keine staatlichen Gerichte sein, da § 15 GVD fehlt. (vgl. § 15 GVG) „Gerichte sind Staatsgericht" dieses Gesetz fehlt für die BRD, ist aber für das Deutsche Reich vorhanden

19. An BRD-Gerichten sind keine gesetzlichen Richter (Art. 101 GG) tätig. Beschuldigten darf der gesetzliche Richter aber nicht „menschenrechtswidrig“ entzogen werden. (vgl. § 16 GVG)

20. Art. 101 Grundgesetz: “(1) Ausnahmegerichte sind unzulässig. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. (2) Gerichte für besondere Sachgebiete können nur durch Gesetz errichtet werden“.

21. Art. 1 Grundgesetz: “Das deutsche Volk bekennt zu den universalen Menschenrechten und zum Frieden in der Welt“. Menschenrechtsverstöße werden von der BRD aber nicht verfolgt und bestraft sondern täglich begangen.

22. § 16 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG): „Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden“.

23. BRD-Gerichte verletzen unter Vorsatz (auch durch nicht gesetzliche Zustellungen) das rechtliche Gehör (Art. 103 GG) der Beschuldigten.

24. Mit Streichung des Art. 23 GG a. F. ist der Geltungsbereich der BRD erloschen.

25. Deutschland besteht bis heute in den Grenzen vom 31. Juli 1914 fort. (vgl. 2 BvF 1/73)

26. § 185 BBG verweist auf die Grenzen von 1937 und somit hat jeder BRD-Beamte seinen Amts- und Dienst-Eid auf Deutschland (Deutsches Reich) in den Grenzen von 1937 abgelegt.

27. BRD-Personal kriminalisiert Deutsche wenn sie sich vor Gericht auf Fakten berufen und bzw. Gesetze zitieren mit Beleidigungsstrafen und Zwangshaft, obwohl Wahrheit und Tatsache keine Beleidigung ist.

28. BRD-Grenzen sind Grenzen der Alliierten, zumal die BRD-Regierung 1989 an der Oder-Neiße Grenze festgehalten hat. Es steht somit außer Frage das die BRD nicht identisch mit Deutschland in den Grenzen von 1937 oder 1914 ist. (vgl. 2 BvF 1/73)

29. Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft. (vgl. BverwGE 17, 192=DVBI 1964, 147) (BverGE 3, 288(319f.):6, 309 (338,363)).

30. Die Staatsangehörigkeit der Deutschen ist nach RuStAG vom 22. Juli 1913 geregelt.

31. Die BRD hat keine Staatsangehörigkeit. (vgl. Schreiben vom 01.03.2006 Akz.: 33.30.20 – Landkreis Demmin) Zitat: Der Landrat von Demmin, 1. März 2006: „Die Bundesrepublik Deutschland hat an einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, daß es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland … nicht gibt.”

32. Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer „Nicht-Regierungsorganistaion“ (Sigmar Gabriel)

33. Staatbürgerliche Rechte garantieren nur ECHTE Staaten ihren Bürgern.

34. Für die BRD-Verwaltung sind Personalausweisinhaber (also auch Sie), die keiner Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft angehören, keine selbst denkenden „natürlichen Personen“ (BGB) sondern als beschlagnahmtes Humankapital, wie Tiere, juristischen Personen mit dem rechtlichen Status von Gegenständen; ohne Menschen- oder Tierrechte!

35. BRD-Parteien sind nicht rechtsfähige Vereine (§ 37 PartG) deren Mitglieder persönlich für alles was ihre „Führer“ verbrechen nach Art. 6 EGBGB haftbar gemacht werden können